

Asyl dominiert Parteitag

Die Flüchtlingspolitik dürfte zentrales Thema des CDU-Parteitag werden. Die Christdemokraten wollen ihre Reihen schließen. Gibt es Konsens mit der CSU?

BERLIN/ESSEN. Die CDU will auf ihrem Bundesparteitag am Dienstag und Mittwoch in Essen klares Profil und Geschlossenheit in der Flüchtlingspolitik zeigen. Vor der Bundestagswahl 2017 werde die Klarheit der Positionen mehr gefragt sein als in früheren Wahlkämpfen, sagte die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner. Daher müsse die Haltung der CDU zu zentralen Fragen wie der Integration für die Bürger deutlich erkennbar sein: „Es wird nicht funktionieren, wenn wir es allen recht machen wollen.“

Für das Konzept des stellvertretenden Parteichefs Thomas Strobl zu einer deutlich schärferen Abschiebepaxis gibt es vor dem Parteitag breite Unterstützung. CDU-Generalsekretär Peter Tauber sagte gestern der „Welt“: „Wir wollen weiterhin ein Land sein, in dem verfolgte Menschen Zuflucht finden. Aber eben nur, wer wirklich verfolgt ist.“ Das Konzept des baden-württembergischen Innenministers ist einer der Anträge auf dem am Dienstag beginnenden Parteitag. Danach sollten die Abschiebehaft ausgeweitet, Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber gekürzt und ein Rückführungszentrum in Ägypten eingerichtet werden.

Der „Berliner Kreis“ konservativer Unionsabgeordneter verlangt nach Angaben der „Bild am Sonntag“ in einem Papier: „Eine legale Bleibeperspektive in Deutschland darf es nur nach legaler Einreise nach Deutschland geben.“ Weitere Forderungen sind demnach die Aufnahme nur von



ES GÄRT

Eine deutlich schärfere Praxis bei Abschiebungen fordert in der CDU nicht nur der stellvertretende Vorsitzende Thomas Strobl.

FOTOS (2): DPA

Flüchtlings mit geklärter Identität, die Einrichtung grenznaher Transit-zonen, in denen die Identität festgestellt wird, sowie Sanktionen gegen Bundesländer, die nicht konsequent abschieben.

Die Forderung der CSU nach einer Obergrenze für Flüchtlinge stößt in der Schwesterpartei aber nach wie vor auf Widerstand. CDU-Vize Armin Laschet rief die CSU auf, die Debatte zu beenden. „Ich finde diese Diskussion inzwischen doch sehr theoretisch“, sagte Laschet dem „Tagesspiegel“. Außerdem gebe es für einen solchen Schritt keine Rechtsgrundlage. „Ein Grundrecht kennt keine Obergrenze“, betonte er ähnlich wie Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Laschet warnte zugleich davor, die weltweiten Erfolge von Rechtspopulisten überzubewerten: „Deutschland ist anders.“ 90 Prozent der Menschen wählten hier keine rechtspopulistische Partei.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) warnte nach den Erfahrungen in den USA vor einem Wahlkampf in Deutschland, der von Hasskommentaren und Falschmeldungen im Netz geprägt werde. Dagegen müssten Internet-Plattformen wie Facebook schärfer vorgehen, sagte Kauder. Die CDU werde sich noch stärker als bisher gegen falsche Aussagen in sozialen Medien wehren. Kauder drohte Facebook erneut mit Bußgeldern, falls der Betreiber seiner gesetzlichen Pflicht zum Löschen rechtswidriger Inhalte nicht nachkommt. |dpa